



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 22. Juli 2013 (23.07)  
(OR. en)**

**12550/13**

**COMAG 76  
PESC 922**

**BERATUNGSERGEBNISSE**

---

des	Rates
vom	22. Juli 2013
Nr. Vordok.:	12548/13 COMAG 75 PESC 921
Betr.:	Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten in der vom Rat am 22. Juli 2013 angenommenen Fassung.

### Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten

1. Die EU misst ihren Beziehungen zu Ägypten großen Wert bei, und sie ist nach wie vor solidarisch mit der ägyptischen Bevölkerung in ihrem Streben nach Würde, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und einem menschenwürdigen Leben.
2. Die EU weist auf ihre Erklärung vom 14. Juli 2013 hin und bekräftigt, dass sie über die Lage in Ägypten zutiefst besorgt ist. Zahlreiche protestierende Ägypter haben legitime Anliegen geäußert und ihre tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass ihre Anliegen keine Beachtung gefunden haben. Gleichwohl sollten die Streitkräfte keine politische Rolle in einer Demokratie spielen; sie müssen die verfassungsmäßige Autorität der zivilen Macht als grundlegendes Prinzip der demokratischen Staatsführung akzeptieren und achten. Nunmehr ist es von allergrößter Bedeutung, dass Ägypten einen Übergang einleitet, der einen Machtübergang auf eine demokratisch gewählte Zivilregierung ermöglicht.
3. Die EU begrüßt den jüngsten Besuch der Hohen Vertreterin in Kairo, der zu einem wichtigen Zeitpunkt erfolgt ist und bei dem sie mit der Übergangsregierung, Vertretern der vorigen Regierung, Vertretern der Volksbewegung und der Zivilgesellschaft zusammengekommen ist. Die EU unterstreicht, dass das Streben nach Demokratie weiterhin im Mittelpunkt stehen sollte, und sie fordert alle politischen Kräfte auf, jetzt einen Prozess der Aussöhnung und der Vertrauensbildung zum Nutzen des Landes und seiner demokratischen Zukunft einzuleiten. Die Einbeziehung aller Beteiligten ist nach wie vor ein zentrales Element dieses Prozesses.
4. Die EU fordert alle Parteien auf, keine Gewalt mehr auszuüben, und sie möchte den Familienangehörigen der Opfer der jüngsten Ereignisse erneut ihr Mitgefühl aussprechen. Sicherheit und öffentliche Ordnung sollten mit Umsicht und unter voller Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufrechterhalten werden.
5. Ägypten muss rasch zu einem alle Beteiligten einbeziehenden Prozess des Übergangs zur Demokratie finden, unter anderem indem sobald wie möglich demokratische Wahlen abgehalten werden. In dieser Hinsicht begrüßt die EU die Absicht Ägyptens, die internationale Gemeinschaft zur Beobachtung der bevorstehenden Wahlen einzuladen, und sie ist bereit, gemäß internationalen Normen die erforderliche Unterstützung bereitzustellen.

6. Folgende Punkte müssen oberste Priorität haben: ein integratives und demokratisches Vorgehen bei der Ausarbeitung der Verfassung, freie und faire Wahlen, ein Ende der politisch motivierten Verhaftungen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, einschließlich Mohammed Mursis, die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten aller Ägypter, einschließlich der Rechte von Frauen und Angehörigen von Religionsgemeinschaften, die Zusicherung der Rechenschaftspflicht für vergangene Verstöße und Garantien für ein friedliches politisches Engagement. Alle politischen Parteien, einschließlich der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, müssen sich ungehindert betätigen können und die uneingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung genießen. Alle Medien müssen ungehindert funktionieren können und Journalisten müssen über die erforderliche Freiheit verfügen, um ihre Aufgabe auf professionelle Art und Weise erfüllen zu können. Die EU erinnert ferner daran, welche wichtige Rolle einer aktiven und unabhängigen Zivilgesellschaft als Schlüsselkomponente jeder demokratischen Gesellschaft zukommt. Die EU appelliert an die Übergangsbehörden, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um diese Punkte anzugehen.
  
7. Stabilität kann nur durch einen integrativen Prozess erreicht werden, der eine demokratisch gewählte Regierung hervorbringt, die den legitimen Bestrebungen der gesamten ägyptischen Bevölkerung gerecht wird. Dies wird die Grundlage für eine Rückkehr zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand sein. Die EU ist sich der ernsthaften sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die sich Ägypten stellen, in vollem Umfang bewusst, und sie ruft die ägyptischen Übergangsbehörden auf, dringende und konkrete Maßnahmen in dieser Hinsicht zu ergreifen, einschließlich einer Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem IWF. Der politische Prozess muss auf integrative und demokratische Weise vorangebracht werden. Im Einklang mit den Grundsätzen und Zielsetzungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und gemäß den Aussagen der Task Force von November 2012 wird die EU Ägypten weiterhin dabei unterstützen, diese Herausforderungen zu bewältigen.
  
8. Die EU ist bereit, die ägyptische Bevölkerung in ihrem Streben nach einer von Demokratie und Wohlstand geprägten Zukunft zu unterstützen.